

Protokollauszug

aus der
44. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit
und Soziales
vom 20.11.2007

öffentlich

**Top 8 Prüfung von Betriebskostenabrechnungen
07/SVV/0835
vertagt**

Frau Kirchner verweist auf die Einbringung der Drucksache in der Stadtverordnetenversammlung am 07.11.2007 und erklärt, dass Teile des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE übernommen werden. Sie fragt, welche weiteren Mietervereine gemeint sind.

Herr Krause bringt den Änderungsantrag ein und begründet diesen. Er macht deutlich, dass die Stadt auf beide Mietervereine zugehen sollte.

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE:

1. Änderung des Betreffs.:

Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Potsdam mit den Potsdamer Mietervereinen zur Hilfe bei der Abwehr unberechtigter Vermieterforderungen gegenüber Empfängern sozialer Hilfeleistungen für ein angemessenes Wohnen.

(oder kürzer: Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Potsdam mit den Potsdamer Mietervereinen bei der Prüfung von Vermieterforderungen)

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Verhandlungen mit den Potsdamer Mietervereinen aufzunehmen, wie gemeinsam den Empfängern sozialer Leistungen zur Sicherung angemessenen Wohnens auf deren Verlangen und unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Bestimmungen geholfen werden kann, Vermieterforderungen/-leistungsverweigerungen auf ihre Berechtigung zu überprüfen bzw. bei begründeten Zweifeln abzuwehren, insbesondere bei
- Betriebskostenabrechnungen
 - Mieterhöhungsverlangen
 - Wohnraummängeln

Über das Ergebnis ist die Stadtverordnetenversammlung im **März 2008** zu informieren.

Frau Busch bittet darum, dass derartige Dinge zukünftig mit den Mietervereinen besprochen werden sollte. Sie macht deutlich, dass mit dem Mieterverein Babelsberg kein Kontakt aufgenommen wurde.

Frau Kirchner erklärt, dass Ziel des Antrages die Vereinfachung des bisherigen Verfahrens ist. Sie schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und auch Kontakt mit dem Babelsberger Mieterverein aufzunehmen.

Frau Geywitz informiert, dass die Verwaltung angeboten hat, im März 2008 einen Bericht zu geben.

Der Antrag wird zurückgestellt.

